

Protokollauszug

Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 22.09.2022

Zu Ö 3 Austausch mit dem VBE - Verband Bildung und Erziehung

Herr Kürten stellt sich als Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung für die Städtereion Aachen vor. Die VBE sei die größte Gewerkschaft im Grundschulbereich. Er beschreibt den aus seiner Sicht dramatischen Lehrkräftemangel in der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen. Bei Ausschreibungen könnten nur 60 – 80% der Stellen besetzt werden. Ein Großteil davon würde nicht mit ausgebildeten Grundschullehrkräften, sondern mit Seiteneinsteiger*innen besetzt werden. Das seien im besten Fall Lehrkräfte aus dem Sekundarbereich, zum Teil aber auch Menschen, die keine pädagogischen oder didaktischen Vorerfahrungen oder entsprechende Ausbildung hätten. Die Folgen für die Qualität und die Schulentwicklung seien dramatisch. Die Klassen würden immer voller. Die Belastung für die Lehrer*innen werde immer größer, u.a. auch durch die Betreuung/ Unterstützung von Seiteneinsteiger*innen. Der Leistungstrend der Grundschüler*innen gehe v.a. in den wichtigen Fächern Deutsch und Mathematik zurück. Zum Teil falle (Förder-)Unterricht ganz aus. Auch die Eltern seien daher davon betroffen.

Die Dramatik würde sich in Zukunft noch weiter entwickeln, da bereits jetzt schon bundesweit viele Lehrer*innen fehlen und bis zum Schuljahr 2025/26 in der Städtereion 33% in den Ruhestand gehen würden, bundesweit seien es 25%.

Dies hätte letztlich auch Auswirkungen auf die Kommunen. Durch nicht geleistete Investitionen im Bildungsbereich ergäbe sich nach Aussage der Bertelsmann Stiftung eine enorme Folgebelastung für die Zukunft z.B. durch fehlende Steuereinnahmen und mehr Sozialleistungen.

Es seien bereits sämtliche Möglichkeiten aufgegriffen worden: Man habe versucht, Lehrer*innen im Ruhestand und Seiteneinsteiger*innen einzustellen. Im Grundschulbereich bestehe auch eine hohe Teilzeitquote. Es habe zwar auch Überlegungen gegeben, hier einzugreifen. Das halte Herr Kürten aber nicht für eine gute Idee, da Erfahrungen aus anderen Schulen zeigen würden, dass diese Lehrer*innen dann z.T. wieder in Elternzeit gingen.

Zur Lösung des Problems würde schnellstmöglich die Lehrerausbildung in der Stadt Aachen/ der RWTH benötigt, um den ‚Klebeeffekt‘ zu nutzen.

Davon würden auch die Stadt und die Universität profitieren, da so die geringe Anzahl an weiblichen Studierenden in Aachen erhöht werden könnte.

Die Lehrerausbildung würde ca. 7 Mio. € kosten. Dazu bedürfe es des politischen Willens.

Die Stadt Stolberg und die Stadt Monschau hätten für eine entsprechende Lehrerausbildung Räume angeboten.

Frau Heider dankt Herrn Kürten für den Bericht. Es klinge furchtbar, decke sich aber mit ihren Erfahrungen bzw. ihren Gesprächen mit Grundschulen. Die Daten zu der Leistungsentwicklung zeigten eindrücklich, was das für die Kinder und für die nächsten Jahre bedeute. Es zeige, was die Gesellschaft den Kindern und sich selbst antue.

Sie hält die Lösung, die Lehrerausbildung nach Aachen zu holen, ebenfalls für eine gute Idee. Sie stellt zur Diskussion, ob im Ausschuss eine entsprechende Resolution für den Stadtrat und die Landespolitiker erstellt werden sollte.

Herr Fischer schließt sich seinen Vorredner*innen an und bekräftigt das Gesagte. Seiner Ansicht nach bedürfe es für die Zwischenzeit Notlösungen.

Herr Auler dankt ebenfalls für den Bericht. Die Dramatik sei eindrücklich geschildert worden. Er fragt, ob der Ausschuss hier unterstützen könne und ob es eine Möglichkeit gäbe, Aachen für die Ausbildung für die Studierenden attraktiver zu machen.

Herr Kürten antwortet, dass Studierende ungern nur für das Studienseminar nach Aachen kämen und dass es an Studienplätzen in Aachen fehlen würde.

Herr Winkler stimmt Herrn Kürten in dem Gesagten zu. Die Eltern seien im beschriebenen Maß betroffen. Er fragt, was die Elternschaft tun könnte. Man könne auf die Straße gehen, anders wählen, Petitionen unterschreiben und sich melden, wenn es an einzelnen Grundschulen zu Schwierigkeiten komme, damit die Probleme öffentlich werden. Er appelliert an Herr Kürten und die Politik daran weiter zu arbeiten.

Herr Menzel beschreibt, dass es den Lehrermangel allgemein und dann auch spezifisch für Aachen gebe. Ein Problem sei die gesellschaftliche Akzeptanz des Berufs. Für junge Menschen sei er nicht attraktiv. Er gibt zu beachten, dass man durch den ‚Klebeeffekt‘ nicht die Gesamtzahl an Lehrer*innen erhöhe, sondern diese von anderen Kommunen wegnehme.

Er gebe aber Frau Heider recht. Das Beispiel Münster zeige, dass man den ‚Klebeeffekt‘ für Aachen nutzen müsse.

Herr Kürten stimmt Herrn Menzel zu, dass der Beruf als Ganzes attraktiver werden müsse. Diesbezüglich habe die neue Landesregierung wichtige Schritte gemacht. Darüber hinaus sei aber der NC für das Lehramtsstudium noch zu hoch.

Auf die Frage von Herrn Auler antwortet Herr Kürten, dass z.B. die Stadt Duisburg Wohnungsprämien an Lehramtsstudierende gezahlt habe.

Er hoffe, dass die Landespolitiker*innen aus der Stadt Aachen das Thema weiter kommunizieren werden.

Frau Keller schließt sich dem Gesagten an. Sie fragt Herrn Funk, ob rechtlich gesehen, jemand, der nicht für den Grundschulbereich ausgebildet sei, eine 4. Klasse unterrichten und Noten geben dürfe, bei denen es um die Übergänge in die weiterführenden Schulen gehe.

Her Funk stellt sich als Schulamtsdirektor für die Grundschulen in der Stadt Aachen vor.

Er bejaht die Frage von Frau Keller. Die entsprechenden Kollegen*innen würden einen Vertrag unterschreiben, in dem festgelegt sei, dass sie als Lehrer*innen arbeiten. Daher sei dies formalrechtlich so. Dieses Vorgehen sei leider alternativlos.

Den Ausführungen von Herrn Kürten stimmt er voll zu. Auch aus seiner Sicht sei die Lösung, mehr Ausbildungs-/Studienplätze für Lehrer*innen in Aachen zu schaffen. Ein bisschen sehe er aber auch das von Herrn Menzel beschriebene Problem dabei.

Frau Opitz berichtet, dass ihrer Einschätzung nach das Problem nicht in der Finanzierung der Lehrerausbildung liege, sondern dass es politisch nicht gewollt sei. Sie habe die Diskussionen auf ministerieller Ebene rückgekoppelt bekommen. Zu beachten sei nämlich, dass dies nicht nur in der Zuständigkeit des Schulministeriums, sondern auch in der Zuständigkeit des Wissenschaftsministeriums liege, welches sich bei der Grundschullehrerausbildung massiv quer gestellt habe.

Ihrer Ansicht nach funktioniere der ‚Klebeffekt‘ nur, wenn auch in Aachen studiert werde und nicht, wenn nur das Ausbildungsseminar hier stattfände. Die privaten Bindungen würden während des Studiums entstehen.

Frau Griepentrog dankt für den Vorschlag von Frau Heider. Sie möge gerne mit unterschreiben, dass die Lehrerausbildung an die RWTH Aachen geholt werde und auch das Seiteneinsteiger*innen anders qualifiziert werden. Auch der hohe NC sollte ihrer Meinung nach diskutiert werden.

Sie schlägt vor, eine entsprechende Resolution – nach Beschluss durch den Rat – an das Land zu geben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt sich für dafür einzusetzen, dass an der RWTH Aachen Grundschullehrer*innen ausgebildet werden. Er wird eine entsprechende Resolution - nach Beschluss durch den Rat – an das Land NRW richten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
einstimmig